

LINKE Kommunalpolitik in Sachsen-Anhalt nach der Gemeindegebietsreform

Magdeburger Erklärung kommunaler Amts- und Mandatsträger der Partei DIE LINKE

Soziale Verantwortung beginnt vor Ort – Kommunen stärken

- Die Städte, Gemeinden und Landkreise bilden die Grundlage des demokratischen Gemeinwesens, sie sind Mittelpunkt des sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen und politischen Lebens. Für DIE LINKE geht es um die gerechte Teilhabe aller:
 - Jede und Jeder, unabhängig von Alter, Geschlecht und sozialem Status, soll am gesellschaftlichen Leben teilhaben und seine persönlichen Entwicklungschancen nutzen können.
 - DIE LINKE bekennt sich zum Konzept der Bürgerkommune, zur Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen an den Entscheidungen in den Städten und Gemeinden. Voraussetzung dafür ist der Ausbau der Informations-, Beteiligungs-, Kontroll- und Entscheidungsrechte in den Kommunen. Im Rahmen des Satzungsrechts sind Entscheidungsspielräume der Räte zu garantieren. Eingriffe über Auflagen zur Haushaltskonsolidierung müssen ausgeschlossen werden. Bürgerhaushalte bieten die Chance, den Kernbereich kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse – die Haushaltspolitik – für die Teilhabe der Einwohnerinnen und Einwohner weiter zu erschließen.
 - Teilhabe für alle bedeutet auch die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträger, um zu verhindern, dass diese Mitwirkungsmöglichkeit durch die eigene soziale Situation beschnitten wird.
- Demokratische Entscheidungsprozesse werden zur Farce, wenn es angesichts leerer kommunaler Kassen oder verkauften Eigentums praktisch nichts mehr zu entscheiden gibt. DIE LINKE will erreichen, dass die Landeszuweisungen an die Kommunen im Rahmen des Finanzausgleichgesetzes (FAG) wenigstens wieder auf das Niveau des Jahres 2009 in Höhe von rund 1,7 Milliarden Euro angehoben werden. Das würde die Kommunen in die Lage versetzen, trotz der Einnahmeverluste in Folge der Wirtschaftskrise und einer verfehlten Steuerpolitik des Bundes die Substanz der öffentlichen Daseinsvorsorge zu erhalten und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen zu gewährleisten. Die aus der Gemeindegebietsreform hervorgegangenen neuen Strukturen müssen sich jetzt vor allem auf dem haushaltspolitischen Feld bewähren. Welche Bündelungseffekte kann man heben? Was bringt der größere Verantwortungsraum durch Wegfall kommunaler Konkurrenz? Die Unterschiede zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Kommunen dürften nach vorsichtiger Schätzung der LINKEN so beträchtlich sein, dass ein fairer und solidarischer Ausgleich zwischen ihnen in den nächsten Jahren unverzichtbar bleibt.
- Die finanzielle Konsolidierung der kommunalen Kassen ist ein wesentlicher Schritt, um langfristig die Handlungsfähigkeit der Gemeinden, Städte und Landkreise zu sichern. Deshalb gilt für uns umso mehr der Grundsatz, dass die Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge in der jetzigen Haushaltskrise der Kommunen nicht zur Disposition gestellt werden darf.
- DIE LINKE wird sich bei der notwendigen Reform des FAG zugleich für eine zukunftsfähige Gestaltung der Stadt-Umland-Beziehungen einsetzen. Das betrifft sowohl Mittel- als auch die Oberzentren. Notwendig ist ein Ausgleich für Kosten, die aus der Vorhaltung von Infrastruktur und Leistungsangeboten entstehen. Dies beinhaltet auch aus sozialen Gründen geminderte Kosten.

- Die wirtschaftliche Basis muss durch eigene, kommunale Wirtschaftsunternehmen gestärkt werden. Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist für viele Kommunen ein wichtiges Standbein zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in der Region. Kommunale Unternehmen sollen im Wettbewerb mit privaten gleichberechtigt am Markt agieren können. Sie sind als Auftraggeber ein wichtiger Partner für den Mittelstand.
- DIE LINKE steht für demokratische Kommunen, in denen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit keinen Platz finden. Deshalb gilt es, all jene entschieden zu bekämpfen, die mit rechtsextremen Parolen auf Stimmenfang gehen. Das betrifft rechtsextreme Parteien, erfordert aber auch die Auseinandersetzung mit ausländerfeindlichen, rassistischen, antisemitischen und diskriminierenden Argumenten.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen sichern

- Für DIE LINKE steht fest: Keine Region darf von der gesellschaftlichen Entwicklung abgeschnitten werden. Die Gemeindegebietsreform hat notwendige Rahmenbedingungen zur Stärkung der Regionalplanung und zur Erweiterung der Kompetenzen der fünf Regionalen Planungsgemeinschaften (Altmark, Harz, Anhalt, Magdeburg, Halle) geschaffen. Mit der schrittweisen Aufstockung der Regionalbudgets sind Möglichkeiten für eine selbst bestimmte Regionalentwicklung und Ausschöpfung der eigenen Entwicklungspotenziale zu verbessern.
- Zur räumlichen Organisation der Daseinsvorsorge hat DIE LINKE eigene konzeptionelle Vorstellungen entwickelt. Das Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge bilden die 24 Mittelzentren. Sie müssen in jedem Landstrich wichtige soziale, kulturelle und infrastrukturelle Angebote vorhalten und vom Umland mit öffentlichen Verkehrsmitteln problemlos mindestens zweimal am Tag erreichbar sein. Sie sollen gerade in den Teilen Sachsen-Anhalts verlässliche Zentren bilden, die besonders stark von Bevölkerungsverlusten betroffen sind.
- DIE LINKE fordert, dass die per 01.01.2011 existierenden Einheits- und Verbandsgemeinden zukünftig die Aufgaben der Grundzentren wahrnehmen. Über die Verteilung der dazu notwendigen gemeindlichen Infrastruktur sollen Rat und Einwohnerschaft eigenständig entscheiden.
- Die Daseinsvorsorge mit hochwertigen Angeboten und Leistungen ist Aufgabe der oberzentralen Versorgungsräume in Sachsen-Anhalt. Auf Grund ihrer Einwohnerzahl, der Ausstattung mit hochwertiger „oberzentraler“ Infrastruktur, der Verflechtungsbeziehungen und zum Abbau noch bestehender Erreichbarkeitsdefizite wurden die Planungsregionen als oberzentrale Versorgungs- und Verflechtungsräume definiert. DIE LINKE fordert, dass die drei kreisfreien Städte Halle, Magdeburg und Dessau-Roßlau im FAG gleichwertig behandelt werden. Darüber hinaus sind die beiden kreisangehörigen Städte Halberstadt und Stendal finanziell und in der Landesplanung den Oberzentren gleichzustellen.

Magdeburg, 4. September 2010